



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)

**23. und konstituierende Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2013/2018
am Dienstag, 03.05.2016**

Ort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck,
Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 17:51 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Andreas Sankewitz- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD

Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN

2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links
(GAL)

Heidemarie Menorca- CDU

Peter Petereit- SPD

Henning Stabe- CDU

Thomas Thalau- CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Yavuz Berrakkarasu- Die PARTEI-PIRATEN

Nil Gersdorf- CDU

Jean Paul Köpsell- SPD

Gesche Peters- SPD

Natalie Regier- BfL

Joachim Schlitzke- FDP

Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE

Vertretung für: Frau Siebdrat, Ulrike

Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales

Aenne Beuck-
Monika Borso-
Dr. Ralf Cummerow-
Ulrich Kewitz-
Sigrid Roggensack-
Elke Sasse-
Claudia Schwartz-
Matthias Wulf-

bis 16.40 Uhr

Gäste

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	nur ÖT
Dörte Eitel- Gemeindediakonie Lübeck	nur ÖT
Beate Herrmann- Personalrat SIE	nur ÖT
Antje Jansen- grün+alternativ+links (GAL)	nur ÖT
Peter Jugert- Seniorenbeirat	nur ÖT
Sabine Klawitter- Personalrat SIE	nur ÖT
Karin Oswald- Seniorenbeirat	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Ulrike Siebdrat- SPD	fehlt entschuldigt
----------------------	--------------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 01.03.2016
5. Mitteilungen des Vorsitzenden
6. Berichte
- 6.1. Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte
-mündlicher Bericht Frau Schwartz-
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Kommunale Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende; hier:Ausschreibung der
Betreiberschaft/Betreuung
Vorlage: VO/2016/03625
8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
- 8.1. Betreuung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 25.02.2016
Vorlage: VO/2016/03527
- 8.2. Kommunale, kooperative Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Lübeck
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 25.02.2016
Vorlage: VO/2016/03528
9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
- 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 03.05.2016
Vorlage: VO/2016/03652
- 9.2. LOS-Förderprogramm
- 9.3. Aktuelle Situation Asyl

- 9.4. Zwischenstand Bürgerschaftsauftrag "WLAN-Zugang in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge"
- 9.5. Neue stellvertretende Bereichsleitung des Gesundheitsamtes
- 10. Anfragen/Antworten
 - 10.1. Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Volksfestplatz (Anfrage AM Heidi Menorca)
 - 10.2. Betreuung von Flüchtlingen durch "WALLI" (Anfrage AM Heidi Menorca)
- 11. Anträge von Ausschussmitgliedern
- 12. Verschiedenes
- 19. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 23., aufgrund der in der Bürgerschaftssitzung am 28.04.2016 durchgeführten Neuwahl zugleich konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Frau Bade (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), Frau Oswald und Herrn Jugert vom Seniorenbeirat, Frau Eitel (Gemeindediakonie Lübeck), Frau Jansen (Mitglied der Bürgerschaft), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Frau Siebdrat fehlt entschuldigt und wird durch Frau Peters vertreten.

Aufgrund der Neuwahl des Ausschusses ist die Verpflichtung aller bürgerlichen Ausschussmitglieder erforderlich.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Köpsell, Frau Peters, Frau Gersdorf, Frau Regier, Herrn Schlitzke, Herrn Berrakkarasu und Frau Zunft gem. § 46 (6) der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ werden heute weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

- 9.2 LOS-Förderprogramm
- 9.3 aktuelle Situation Asyl
- 9.4 Zwischenstand Bürgerschaftsauftrag
- „WLAN-Zugang in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge“
- 9.5 Neue stellvertr. Bereichsleitung des Gesundheitsamtes

Die Verwaltung bittet um Zustimmung zur gemeinsamen Beratung der TOPe 7.1 und 8.1 zum Thema „Betreuung von Asylsuchenden in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften“.

Der Ausschuss ist mit Ausnahme von Frau Akyurt einverstanden.

Der Zuordnung der TOPe 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

TOP 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 01.03.2016

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

TOP 5 Mitteilungen des Vorsitzenden

Vor Sitzungsbeginn wurden die Termine der Sommerfeste in den städtischen SeniorInnenEinrichtungen umverteilt. Der Vorsitzende bittet die Mitglieder des Ausschusses um rege Teilnahme und Anmeldung bei Frau Roggensack.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6 Berichte

TOP 6.1 Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte -mündlicher Bericht Frau Schwartz-

Frau Schwartz stellt zunächst klar, dass die Erstellung eines Gewaltschutzkonzepts Aufgabe des/der jeweiligen Träger ist.

Bei der vorgesehenen Ausschreibung der Betreiberschaft zukünftig neu in Betrieb zu nehmender kommunaler Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende (siehe Vorlage TOP 7.1) werden die Bewerber ein solches Konzept vorlegen müssen.

Die Gemeindediakonie erarbeitet z.Zt. ein entsprechendes Präventivkonzept, in dem es um Gewalt jeglicher Art in den Unterkünften (gegenüber Frauen, bei den Flüchtlingen untereinander, von Betreuern etc.) gehen soll und das auch Minderheiten berücksichtigt. Das Konzept muss nach Aussage von Frau Eitel in verschiedene Sprachen übersetzt werden.

Eine Frage von Frau Zunft beantworten Frau Eitel und Frau Schwartz.

Auf Nachfrage von Frau Akyurt („möchte zeitnah mehr erfahren“) erklärt Frau Schwartz, nach der Sommerpause werde wieder zum Thema berichtet.

Außerdem spricht Herr Klinkel.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 Beschlussvorlagen

TOP 7.1 Kommunale Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende; hier:Ausschreibung der Betreiberschaft/Betreuung Vorlage: VO/2016/03625

Gemeinsame Beratung mit TOP 8.1

Frau Menorca erklärt, sie stimme der Vorlage zu; allerdings werde das Verfahren mit einem erheblichen Aufwand (Zeit, Personal, Kosten) verbunden sein.

Frau Regier begrüßt die Vorlage ebenfalls; bisher habe die Verwaltung eine Ausschreibung abgelehnt.

Frau Akyurt stimmt ebenfalls für das neue Verfahren; sie habe in der Vergangenheit immer Zweifel an der Monopolstellung der Gemeindediakonie geäußert.

Herr Schindler und Frau Schwartz räumen ein, dass das neue Verfahren durchaus aufwändiger sei (z.B. höherer Abstimmungsbedarf); angesichts der im letzten Jahr erheblich gestiegenen Betreuungszahlen musste der Vertrag mit der Gemeindediakonie überprüft und aus Gründen der Rechtssicherheit die Ausschreibung für die Betreiberschaft neu in Betrieb zu nehmender Gemeinschaftsunterkünfte (voraussichtlich ab August d.J.) veranlasst werden.

Eine Frage von Herrn Schlitzke, der der Vorlage ebenfalls zustimmt, zu Seite 3 („Finanzierung“) beantwortet Frau Schwartz.

Auch Herr Schaffenberg befürwortet das neue Verfahren. Der „Lübecker Weg“ mit einem Betreuungsschlüssel von 1:40 solle beibehalten werden.

Beschlussvorschlag TOP 7.1:

Ein Rahmenvertrag für die Betreiberschaft zukünftig neu in Betrieb zu nehmender kommunaler Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende wird nach geltendem Vergaberecht ausgeschrieben.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Antrag TOP 8.1:

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.16 mit VO Nr. 3423 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion DIE LINKE einstimmig an den Ausschuss für Soziales zur Vorberatung überwiesen:

Der Bürgermeister möge in einem Bericht ausführen, wie es möglich wäre, andere Hilfsorganisationen wie z. B. die Lübecker AWO, den Caritasverband Lübeck e. V., neben der jetzt betrauten Lübecker Gemeindediakonie, an der Betreuung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften zu beteiligen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Frau Zunft, dass sie den Antrag zu TOP 8.1 zurückzieht.

Der Ausschuss sieht den Überweisungsauftrag damit als erledigt an.

TOP 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

TOP 8.1 Betreuung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 25.02.2016 Vorlage: VO/2016/03527

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.1

Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen.

Der Überweisungsauftrag ist als erledigt zu betrachten.

TOP 8.2 Kommunale, kooperative Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Lübeck Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 25.02.2016 Vorlage: VO/2016/03528

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.13 mit VO Nr. 3469 den nachstehend aufgeführten interfraktionellen Antrag der Fraktionen SPD und BfL mit Mehrheit in geänderter Fassung an den Ausschuss für Soziales zur Vorberatung überwiesen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft bis Januar 2017 zu berichten, ob wie eine kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft in der Hansestadt Lübeck geschaffen werden kann. Ziel der Gesellschaft soll neben der (Fort-)Bildung und Beratung von Arbeitssuchenden auch das Angebot von konkreten Arbeits- und Beschäftigungsangeboten z.B. für Langzeitarbeitssuchende sein, um diese besser in den regulären (ersten) Arbeitsmarkt integrieren können. Im Rahmen der Prüfung sollen insbesondere folgende Ansätze geprüft werden:

- Erweiterung der Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH (BQL)
- Kooperationen mit möglichen Partnern (Jobcenter, Handwerk, Wirtschaft, gemeinnützigen Trägern)
- Mögliche Einbindung von Förderprogrammen von EU, Bund, Land
- Mögliche Gesellschaftsformen

- *Rechtliche Rahmenbedingungen / erforderliche Finanzmittel zur Errichtung bzw. Erweiterungen bestehender Gesellschaften*
- *Mögliche Zielgruppen (über Langzeitarbeitsuchende hinaus, wie z.B. Migrantinnen und Migranten)*
- *Mögliche Tätigkeitsfelder der Kommune*
- *Können Flüchtlinge als mögliche Zielgruppe berücksichtigt werden, wenn ja in welchen Bereichen und für welche Tätigkeiten.*

Der Antrag wird kontrovers diskutiert; es werden zudem Wünsche, Anregungen und Bedenken geäußert, die (bereits) die Maßnahme selbst und ihre Umsetzung betreffen.

Es sprechen Herr Klinkel, Herr Petereit, Frau Zunft, Herr Stabe, Frau Akyurt, Frau Regier, Herr Schaffenberg, Frau Menorca, Herr Stabe und Herr Schlitzke.

Herr Tag nimmt zu den einzelnen Aussagen Stellung.

Herr Senator Schindler betont, dass zunächst eine Empfehlung an die Bürgerschaft zu der Frage gegeben werden soll, ob die Verwaltung mit der Erstellung eines Berichts beauftragt wird. Der Bericht würde dann (u.a.) alle im o.a. Antrag aufgeführten Punkte beantworten, zur Ausschusssitzung im September vorgelegt werden und somit im November als Grundlage für die Haushaltsberatung in der Bürgerschaft dienen.

Frau Akyurt erklärt, sie werde der Erstellung eines Prüfberichts nicht zustimmen. Für den Fall einer entsprechenden Auftragserteilung an die Verwaltung sollen folgende Fragen im Prüfbericht beantwortet werden
(Anmerkung außerhalb des Protokolls: Die Auflistung der Fragen wurde Frau Bormann für die Aufnahme in die Niederschrift im Nachgang per e-mail übersandt):

1. Aus welchen Gründen ist die Beschäftigungsgesellschaft 2004 abgewickelt worden?
2. Liegen diese Gründe/Umstände immer noch vor bzw. was hat sich seit dem geändert?
3. Welche Vor- und Nachteile hat die Gründung? Was ist das Ziel?
4. Welche Maßnahmen werden aktuell mit welchem Erfolg seitens der Agentur für Arbeit bzw. Jobcenter für die Zielgruppe angeboten?
5. An welcher Stelle muss eine Lücke im Angebot durch die Beschäftigungsgesellschaft geschlossen werden bzw. wieso ist sie in HL dennoch erforderlich?
6. Welche der folgenden Städte verfügt über Beschäftigungsgesellschaften?
 - Kiel
 - Flensburg
 - Neumünster
 - Hamburg
 - Schwerin
7. Wie sind ggf. die dortigen kommunalen Beschäftigungsgesellschaften strukturiert? Wie viele Personen sind beschäftigt? Welche Tätigkeiten werden ausgeübt? Wie hoch war ggf. der Zuschussbedarf aus dem jeweiligen kommunalen Haushalt in den vergangenen 5 Jahren?
8. Ist der Betrieb einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft eine "freiwillige Leistung", die der Gegenfinanzierung im Rahmen des Konsolidierungsfonds bedarf?
9. Soll die Nichtannahme einer Beschäftigung bei der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft zu sozialrechtlichen Sanktionen führen?

10. Erhalten Beschäftigte der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft für ihre Arbeit mindestens den Mindestlohn?

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen, dem Antrag stattzugeben.

TOP 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

TOP 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 03.05.2016 Vorlage: VO/2016/03652

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.2 LOS-Förderprogramm

Frau Menorca bat in der letzten Sitzung des Ausschusses am 01.03.2016 um Auskunft, ob das LOS-Förderprogramm für die „Soziale Stadt Moisling“ und/oder für andere Projekte genutzt werden kann. Hierzu liegt eine Stellungnahme des FB 5/ H. Selk vor; diese wurde als Tischvorlage umverteilt und wird der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Frau Menorca erklärt ihre Anfrage daraufhin für erledigt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.3 Aktuelle Situation Asyl

Frau Schwartz berichtet zur aktuellen Situation mittels der als Anlage 2 beigelegten powerpoint-Präsentation.

Für den Zeitraum Januar – April dieses Jahres sind im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum 80 % mehr Zuweisungen zu verzeichnen, aber weniger als Ende letzten Jahres.

Das Land hat für Mai die Zuweisung von 150 Flüchtlingen angekündigt, ab Juni werde die Zahl zurückgehen auf 50-100; für das 2. Halbjahr sei eine Erhöhung der Zahl nicht auszuschließen.

Der Bereich Soziale Sicherung geht daher davon aus, dass das Vorjahresniveau von 2.500 Flüchtlingen erreicht werden wird.

Nach Auskunft von Herrn Senator Schindler werden die neuen Gemeinschaftsunterkünfte in St. Hubertus (Polarisweg), am Bornkamp und in Schlutup (Fabrikstraße) im Mai/Juni in Betrieb genommen.

Die Notunterkunft im ehem. Praktiker-Markt kann dann voraussichtlich leergezogen werden (Mietvertrag bis Ende Mai d.J., Rückbau erforderlich). Diesbezügliche Fragen von Herrn Schaffenberg, Frau Zunft und Herrn Schlitzke beantwortet Frau Schwartz.

Trotz der neuen Gemeinschaftsunterkünfte seien nicht ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge vorhanden. Es bestehe ein Fehlbedarf von ca. 1.600 Plätzen, bedingt u.a. durch die Probleme in der Ostseestraße und auslaufende Mietverträge. Die Unterbringung in Hotels könne daher nicht beendet werden.

Eine Frage des Vorsitzenden zu evtl. bestehenden Planungen für die Beschäftigung der in der Gemeinschaftsunterkunft in der Schlutuper Straße untergebrachten Flüchtlinge (Spiel-/Sportgeräte, Verschönerung des Außengeländes) wird von Frau Schwartz, Frau Eitel und Herrn Schaffenberg beantwortet.

Auf Nachfrage von Herrn Stabe erklärt Herr Senator Schindler, dass das in der Ausschusssitzung am 06.10.2015 vorgestellte Projekt der Firma INTEGRA (Errichtung von kommunalen Flüchtlingsunterkünften auf drei städtischen Grundstücken) nicht zustande gekommen ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.4 Zwischenstand Bürgerschaftsauftrag "WLAN-Zugang in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge"

Herr Kewitz gibt einen kurzen Zwischenstand zu dem o.a. Bürgerschaftsauftrag.

Abstimmungsgespräche mit dem „Freifunk“ haben ergeben, dass die Einrichtung eines WLAN-Zugangs für alle Gemeinschaftsunterkünfte nicht so einfach ist wie im Vorfeld dargestellt.

Die bestehenden Anschlüsse seien nicht ausreichend; für jede Unterkunft müsse ein fester eigener Anschluss für die Hardware erstellt werden.

Aufgrund der unterschiedlichen Anschlussbedingungen ist eine detaillierte Prüfung der Anschlüsse vor Ort durch die Mitarbeiter des „Freifunk“ erforderlich.

Der Installationsaufwand wird erheblich sein; diesbezüglich ist eine Auftragsvergabe an eine Fachfirma erforderlich.

Der „Freifunk“ hat die Vorlage einer detaillierten Liste über die zu erwartenden Kosten und Aufwendungen bis Ende Mai d.J. zugesagt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.5 Neue stellvertretende Bereichsleitung des Gesundheitsamtes

Herr Senator Schindler stellt Herrn Dr. Cummerow als neuen stellvertretenden Leiter des

Gesundheitsamtes vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10 Anfragen/Antworten

TOP 10.1 Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Volksfestplatz (Anfrage AM Heidi Menorca)

Frau Menorca fragt an, ob entsprechend den Presseberichten der Mietvertrag für den Volksfestplatz über den 31.12.2016 hinaus verlängert wird.
Herr Senator Schindler erklärt, dass der Hansestadt Lübeck keine entsprechende Anfrage des Landes vorliegt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10.2 Betreuung von Flüchtlingen durch "WALLI" (Anfrage AM Heidi Menorca)

Frau Menorca möchte wissen, ob die Betreuung von Transitflüchtlingen durch das interkulturelle Zentrum Alternative („WALLI“) angesichts der sinkenden Zahlen in eine „reguläre“ Flüchtlingsbetreuung übergeht.

Herrn Senator Schindler sind konkrete Pläne nicht bekannt; hierzu müsse ein Vertreter der „Walli“ befragt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 12 Verschiedenes

Am 17.05.2016 findet laut Herrn Klinkel anlässlich des „Tages gegen Homophobie“ am Rathaus ab 18.00 Uhr eine Kundgebung mit Luftballonaktion statt; um 18.30 Uhr laden alle Fraktionen zum Regenbogenempfang im Rathaus.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 07.06.2016, um 16.00 Uhr im VZM statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 8. Juni 2016

Andreas Sankewitz
Vorsitz

Britta Bormann
Protokollführung